

F. G. Friedmann

Die Indianer in den USA

Die folgende Darstellung der Geschichte der Beziehungen zwischen der weißen Bevölkerung und den Indianern auf dem Territorium der heutigen Vereinigten Staaten von Amerika beschäftigt sich mit fünf Themen: mit den Kontakten, die Angehörige europäischer Nationen auf ihren frühen Erkundungsreisen, Eroberungszügen, Besiedlungs- oder Missionsversuchen mit Vertretern verschiedener Indianerstämme hatten; mit der Rolle, die Indianerstämme in den Kämpfen europäischer Mächte um die Hegemonie in Nordamerika sowie in dem Unabhängigkeitskampf der dreizehn englischen Kolonien gegen das Mutterland spielten; mit dem Schicksal, das die nordamerikanischen Indianerstämme als Folge des Landhungers der weißen Siedler und Unternehmer zu erleiden hatten; mit der Politik, die die Einzelstaaten und die Bundesregierung gegenüber den Indianern verfolgten, sowie mit der Lage der nordamerikanischen Indianer in der heutigen Industriegesellschaft.

Die ersten Kontakte von Vertretern europäischer Kulturen mit nordamerikanischen Indianerstämmen

Die Vorstellungen, die die *spanische* Krone und die in ihrem Dienst stehenden „Conquistadores“ von den Indianern Nordamerikas hatten, waren von den Erfahrungen mit den indianischen Hochkulturen in Mexiko und Peru bestimmt. Man erhoffte sich große Schätze von Edelmetallen, die von unterworfenen oder versklavten Indianerstämmen gefördert würden. In Wirklichkeit gab es in den großen Weiten Nordamerikas weder leicht zugängliche Bodenschätze noch verstärkte Kulturen, die man gleichsam mit einem Schlag unterjochen konnte.

Die Erkundungszüge in den extremen Südosten, den Südwesten und den Fernen Westen des nordamerikanischen Kontinents, die für die spätere Entwicklung des Landes von größter Bedeutung waren, wurden von Mexiko oder den Antillen aus geführt, und zwar von Angehörigen des spanischen Adels, die in standesgemäßer Ausrüstung antraten. Dazu gehörte auch ein Train von Indianersklaven, die man sich durch Sklavenjagd oder durch Erpressung von Stammeshäuptlingen angeeignet hatte. In der Behandlung der Indianer spielten von Anfang an Ordensgeistliche eine mäßigende Rolle; denn es war schwierig, die Seelen derer zu gewinnen, die erst mit unmenschlicher Grausamkeit behandelt worden waren. Bei den späteren Versuchen der Spanier, dauerhafte

Siedlungen zu gründen, spielten die Mönche eine entscheidende Rolle: In New Mexico und Kalifornien gelang es ihnen, Angehörige einiger Stämme nicht nur zum Christentum, sondern auch zu einem landwirtschaftlichen Leben zu bekehren, das sein Zentrum in den von den Patres geleiteten „Misiones“ fand. Die „Misiones“ und die sie unterstützenden militärischen „Presidios“ fungierten gleichzeitig als Bollwerk gegen die Ambitionen anderer außereuropäischer Nationen.

Die *französischen* Erkundungszüge waren in ihrem Umfang und Erfolg denen der Spanier durchaus ebenbürtig. Sie begannen im äußersten Nordosten, an der Küste Neufundlands, und bewegten sich zuerst den St. Lorenzstrom hinauf bis in das große Seengebiet, dann den Mississippi hinunter bis zu dessen Mündung. Der nördliche Teil des Kontinents erhielt den Namen Kanada, die große Pyramide, die als Basis die kanadische Grenze und als Spitze den heutigen Staat von Louisiana hatte, wurde das sogenannte „Louisiana Territory“; es schloß das gesamte Gebiet des Mississippi und seiner Zuflüsse ein. Die Franzosen, deren Interesse in der Neuen Welt sich anfangs auf Fischerei beschränkt hatte, entwickelten bald einen weitverzweigten Pelzhandel mit dem indianischen Hinterland. Das Geschäftsinteresse diktierte eine adäquate Behandlung der Handelspartner. Versuche, die Indianer mit oder ohne Verabreichung von Alkohol zu übervorteilen, wurden von den französischen Missionaren streng verdammt. Sie strebten im Gegensatz zu den spanischen Missionaren lediglich eine religiöse Bekehrung der Indianer an; Veränderungen der sozialen Struktur oder der Kultur der Indianerstämme standen nicht auf ihrem Programm.

Verglichen mit den Spaniern und Franzosen waren die *Engländer* vor allem Siedler, und zwar Siedler mit einer Ideologie, die ihnen dazu verhalf, in zwei Jahrhunderten harter Arbeit und kriegerischer Auseinandersetzungen ihre europäischen Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen und den Kontinent im eigenen Sinn aufzubauen. Im Gegensatz zu folkloristischen Darstellungen, die von ursprünglicher Freundschaft zwischen Siedlern und Indianern sprechen, führte der Drang nach effektiver Besitznahme und Ausbeutung des Landes in Wirklichkeit zu einer fast endlosen Kette von Konflikten mit Indianerstämmen, die das Land als Sammler, Jäger oder Agrikulturen ihr eigen nannten. Sowohl in Neu-England als an der mittelatlantischen Küste fanden schon in den ersten Jahren der englischen Besiedlung entscheidende Kämpfe statt: 1622 wurde Jamestown in Virginia durch einen Indianerangriff beinahe vernichtet; 1637 rotteten Neu-Engländer den Stamm der Pequot aus, 1675/76 wurde die Macht der Indianer im südlichen Neu-England durch einen Sieg über die Mohawks gebrochen.

Die Stellung der englischen evangelischen Kirchengemeinden und religiösen Gruppierungen gegenüber den Indianern war nicht einheitlich, wenn auch zu Anfang die puritanische Geisteshaltung überwog. Die sogenannten Pilgerväter, die 1620 in Neu-England landeten, sahen in den Indianern die Kanaaniter des Alten Testaments, die weggefegt werden müssen vor den Heiligen des Herrn. Die ersten Geschichtsschreiber der Besiedlung Neu-Englands beschreiben die Indianer mit Vorliebe als eine dem Teufel verschriebene Rasse, als Bluthunde oder als heidnische Dämonen. *William*

Penn andererseits, der Leiter der Quäkerkolonie Pennsylvania, akzeptierte sie als gleichwertige Brüder.

Die Kontakte zwischen nordamerikanischen Indianerstämmen und Vertretern europäischer Kulturen zeigten von Anfang an, daß eine Akkulturation im Sinn gegenseitiger Durchdringung oder der Absorbierung einer der beiden Kulturtypen durch den anderen nicht in Frage kam. Individuelle Bewährung, landwirtschaftliche Erschließung der dafür geeigneten Teile des Kontinents, Entwicklung und Nutznießung von Kapital, all diese vor allem für die englische Besiedlungs- und Aufbaumethode wichtigen Elemente spielten bei den Indianern Nordamerikas eine verschwindende Rolle. Zu den Kulturmerkmalen einzelner Indianerstämme wie den Ogalala Sioux gehörte, daß Versuche einzelner Mitglieder, „anders“ zu sein oder untereinander in einen Konkurrenzkampf einzutreten, als sozial verwerflich galten. Ob der „Potlatsch“, das ostentative Verschenken oder Zerstören von Gütern, wie es bei den Kwakiutl geschah, einen Prestigekampf zwischen Stammeshäuptern hervorrufen sollte oder ein Zeichen der Verachtung aller weltlichen Güter war, läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen. Sicher ist, daß bei vielen Stämmen die Nachfolge in einem Amt durch Verwandtschaft bestimmt wurde – und zwar innerhalb der weiblichen Linie; daß das Necken eines jüngeren Menschen durch einen Älteren ein wirksames sozialpädagogisches Korrektiv bedeutete, das die öffentlichen Konflikte innerhalb eines Stammes auf ein Minimum reduzieren sollte; und daß die Anhäufung von Kapital, ja selbst der permanente Besitz von Land bei den meisten Stämmen unbekannt war. Dazu kam, daß Landwirtschaft meistens als eine Angelegenheit der Frauen galt, während Männer sich vor allem der Jagd und einer Vielfalt von Zeremonien hingaben. (Das Matriarchat wird demnach von einigen Anthropologen mit der Entwicklung der Landwirtschaft durch die Frauen und mit der dadurch notwendigen Sesshaftigkeit in Verbindung gebracht, während andere seinen Ursprung in der bei den primitiven Horden vorherrschenden Polyandrie sehen.)

Eine besondere Rolle spielte das geistige Leben, genauer: das Verhältnis der verschiedenen Indianerstämme zu den Geistern. Sie schienen die ganze Welt, vor allem aber das Tierreich, als von Geistern belebt und beherrscht anzusehen, mit denen es galt in Freundschaft zu leben. Totemismus, der Glaube an einen gemeinsamen Tierahnen, soll u. a. ein Ausdruck der Verwandtschaft zwischen Mensch- und Tierwelt sein. Auch die zahlreichen Tabus, die die Jagd umgaben, weisen in die gleiche Richtung. Dabei wurden manche Tiere, z. B. der Bär, besonders verehrt. Man sprach ihn oft wie einen Verwandten an und machte ihn rechtzeitig aufmerksam, daß man ihn jagen würde. Nachdem man ihn erlegt hatte, entschuldigte man sich bei ihm für diese Tat. Vögel wurden aufgefordert, die Gebete der Menschen den Göttern zu überbringen; die Seele eines nach den festgelegten Regeln erlegten Tiers wurde gebeten, zu seinen Freunden zurückzukehren und seinen Tod zu verkünden, auf daß sich andere Tiere der gleichen Art leichter erlegen ließen. Im Südwesten führte man den Schlangentanz auf, damit die Schlangen zu den Regengöttern zurückkehrten und dort erzählten, wie gut sie von

den Menschen behandelt wurden, was die Götter veranlassen sollte, den Menschen Regen zu schenken.

Die Siedler des nordamerikanischen Kontinents entlehnten von den Indianern wichtige Teile ihrer materiellen Kultur einschließlich der Bezeichnungen, sowie etwa die Hälfte aller heute in Amerika gebrauchten Namen von Flüssen und Seen und einer beträchtlichen Anzahl von Orten. Diese materielle Kultur – vor allem domestizierte Pflanzen – war größtenteils in den Hochkulturen Zentralamerikas entwickelt und nach Nordamerika ausgeführt worden. Man denke an Mais, Kakao oder Chili. Tabak ist ein besonders gutes Beispiel dafür, wie ein materielles Kulturelement aus dem sozialen und geistigen Zusammenhang einer Kultur gelöst werden kann, um in anderen Ländern eine rein materielle oder geistig vollständig andere Funktion auszuüben. Tabak, der bei den Indianern Nordamerikas als Reisepaß und als Symbol von Freundschaft und Frieden gegolten hatte sowie als eine den Göttern wohlgefällige Gabe, breitete sich innerhalb von 100 Jahren über die ganze Welt aus, ohne jedoch die ursprüngliche geistige Bedeutung mitzunehmen. Umgekehrt gab es Fälle, in denen Indianerstämme einen Teil der materiellen Kultur der Weißen übernahmen, ohne deren geistige Kultur zu absorbieren. So lernten Pueblo Indianer – und von diesen die Navahos – Schafherden zu halten und Wolle zu spinnen und zu weben. Indianerstämme in den großen Ebenen übernahmen um 1640 von den Weißen das domestizierte Pferd, im Gegensatz zu dem wilden Pferd, das sie in früheren Zeiten gejagt hatten und das inzwischen ausgestorben war. Das domestizierte Pferd, das als Tragtier und bei Büffeljagden gebraucht wurde, änderte zwar die soziale Struktur einiger Stämme, indem sich jetzt größere Banden zu Jagd-, Beute- und Kriegszügen bilden konnten, wurde jedoch als relativ isoliertes Kulturelement absorbiert, ohne die Gesamtkultur als solche wesentlich zu verändern.

Gab es auch keinen bemerkenswerten Einfluß der geistigen Kultur der nordamerikanischen Indianer auf die weißen Siedler des Kontinents, so wirkten doch Augenzeugenberichte und Studien auf die philosophische Phantasie einiger der bedeutendsten politischen Denker Europas. *John Locke* studierte einige der 73 Bände der zwischen 1610 und 1791 erschienenen *Jesuit Relations* (Jesuitenberichte). *Montesquieu* benutzte die 1724 erschienene Arbeit des Jesuitenpaters *J. F. Lafitau*, die die Irokesen und Huron als Beispiele für den natürlichen Menschen darstellte, in seinem Vergleich der Verfassungen. Und *Friedrich Engels* stützte sein Werk über die Familie auf *Lewis Morgan*, der 1851 *The League of the Iroquois* und 1871 *Systems of Consanguinity and Affinity in the Human Family* veröffentlicht hatte.

Die Indianerstämme in den Kämpfen um die Vorherrschaft auf dem Neuen Kontinent

Die Bedeutung verschiedener Indianerstämme für die weißen Einwanderer lag, abgesehen von der Nützlichkeit ihrer materiellen Kultur, darin, daß man versuchte, sie als Verbündete in die Kämpfe europäischer Nationen um die Vorherrschaft auf dem

Neuen Kontinent einzuschalten. Freilich hatte es schon vor der Ankunft der Europäer Kriege in Amerika gegeben. Diese waren jedoch, wo immer es sich um mehr als rituelles Geplänkel handelte, von wenigen, ausgesprochen kriegerischen Stämmen verursacht worden. So hatten Mitglieder der Föderation der Irokesen (die sogenannten „Fünf Nationen“) die Algonkin, Delaware und Huron überfallen und die Erie praktisch ausgerottet; ja sie legten mehr als 1000 Meilen zurück, um mit der Niedermetzelung der Pawnee ihrer Kriegslust zu genügen.

Im Nordosten hatten die religiösen Separatisten der Plymouth Colony eine Verteidigungspolitik entwickelt, die darin bestand, verschiedene, potentiell gefährliche Indianerstämme gegeneinander aufzuhetzen. Dagegen waren Franzosen wie *Lasalle*, die den Pelzhandel bis weit in das Innere des Landes ausdehnten, auf die Freundschaft und Kooperation der dort ansässigen Indianerstämme angewiesen. Umgekehrt war die mächtige Konföderation der Irokesen von dem ungestörten Handel mit den Engländern und Holländern abhängig. Der eigentliche Konflikt zwischen Engländern und Franzosen brach aus, als die Engländer mit Hilfe der Irokesen die Franzosen daran hinderten, in das fruchtbare Mohawk-Tal einzudringen, das westlich von Albany im Staat New York liegt. Die Animosität der Irokesen gegen die Franzosen wurde noch verstärkt, weil der bekannte französische Entdecker *Champlain* mit den Algonkin im extremen Norden des Landes befreundet war, die ihrerseits die Irokesen besiegt hatten.

Die amerikanische Geschichtsschreibung spricht zwischen 1689 und 1763 von vier *französisch-indianischen Kriegen*. Im „King William's War“ (1689–1697) hatten die Franzosen den im Staat von Maine beheimateten Stamm der Abnaki gegen die Engländer aufgestachelt. In dem Kampf im Gebiet der Hudsonbai zwischen englischen Kräften und den mit ihnen verbündeten Irokesen einerseits und den Franzosen und einer Reihe indianischer Verbündeter andererseits waren die Franzosen im Vorteil. Doch der Friede von Ryswick stellte den ursprünglichen Zustand wieder her. Auch im „Queen Anne's War“ (1702–1713), dem amerikanischen Teil des Spanischen Erbfolgekriegs, gelang es den Franzosen und ihren indianischen Verbündeten, englische Siedlungen zu zerstören. Der „King George's War“ (1744–1748), dem in Europa der Österreichische Erbfolgekrieg entsprach und in dem Irokesen und Franzosen vor allem in der Gegend von Nova Scotia kämpften, führte zur Wiederherstellung des Status quo ante im Frieden von Aix La Chapelle. Der eigentliche „French and Indian War“ (1754–1763) verlief parallel zum Siebenjährigen Krieg und führte nach der Niederlage von Montcalm gegen Wolfe bei Quebec (1759) zum Sieg der Engländer – ihrer wirtschaftlichen Macht, Gesellschaftsformen und Kultur – und der endgültigen Ausschaltung der Franzosen (was 1763 im Frieden von Paris bestätigt wurde). Es gibt Historiker, die den Indianern, vor allem den Irokesen, eine maßgebende Rolle in dieser weltgeschichtlichen Entscheidung zubilligen.

Was die Konkurrenzkämpfe zwischen den Siedlern im Süden und Südosten des Kontinents betrifft, so spielte der Wandel im europäischen Kräfteverhältnis eine größere Rolle als die Indianerstämme, die man vor allem als Puffer gegen die benach-

barten Siedlungen anderer europäischer Mächte zu benutzen suchte. So sahen die englischen Siedler der Kolonie South Carolina (gegründet 1663) in den Cherokee eine Barriere gegen die in Florida ansässigen Spanier. Die Cherokee waren auch nützliche Handelspartner. Umgekehrt waren die englischen Kolonisten – im Gegensatz zu den spanischen Mönchen – imstande, Pelze gegen Messer, Gewehre und Alkohol einzutauschen. Andererseits versuchte der Franzose *Bienville*, der 1718 New Orleans gegründet hatte, mit Indianerstämmen Bündnisse gegen England und seine Kolonien zu schließen. Die Entscheidung über den Besitz der Territorien fiel jedoch in Europa: am Ende des Siebenjährigen Kriegs wurden die Spanier von den Engländern aus Florida vertrieben (ihr endgültiger Abzug nach einer Rückkehr während der amerikanischen Revolution fand erst 1819 statt). Louisiana wurde an Spanien abgegeben, um es vor dem Zugriff der Engländer zu retten. 1800 ging es zurück an Frankreich, das es 1803 an die Vereinigten Staaten verkaufte.

Die spanischen Besitzungen im heutigen Südwesten und fernen Westen des Landes wurden nur in geringem Maß von anderen europäischen Mächten gefährdet. Als sie sich 1821 zum unabhängigen Mexiko schlugen, stand die Mehrzahl der Indianerstämme auf seiten der Unabhängigkeit, die sie auch nach der Einverleibung der ehemals mexikanischen Territorien durch die Regierung der Vereinigten Staaten garantiert sehen wollten.

Während des amerikanischen Unabhängigkeitskampfes blieben bedeutende Stämme England gegenüber loyal. Dies führte u. a. dazu, daß Washington eine Armee in das Gebiet der Irokesen schickte und ihre Dörfer sowie ihre Ernte niederbrennen ließ, was die Moral der Irokesen endgültig brach und sie zu einem Leben in Reservaten verdammt.

Das Schicksal der Indianerstämme bei der Besiedlung des Landes durch die Weißen

Wo die Vorherrschaft der angelsächsischen Siedler etabliert war, wurde die Geschichte der Beziehungen von Weißen und Indianern fast ausschließlich durch die vorrückende „frontier“ bestimmt. Unter „frontier“ versteht man das Vordringen von Siedlern in noch relativ unbevölkerte Gebiete. Dabei vertraten die Siedler, je nach Herkunft und der Gegend ihrer Betätigung, verschiedene Interessen: sie versuchten, wie in der Gebirgsgegend der Appalachen, als kleine Farmer ihr Leben zu fristen, oder, wie in den Ebenen des Südwestens, Rinderherden zu züchten; aber sie gruben auch in den Rocky Mountains nach Silber oder Kupfer oder forderten in Kalifornien ihr Glück auf der Suche nach Gold heraus. Wo und wann auch immer diese Versuche unternommen wurden, in einen neuen Teil des Landes vorzudringen, es war nahezu unvermeidlich, daß die Siedler mit Indianerstämmen in Berührung kamen, die das von den Weißen begehrte Land traditionell als das ihre betrachteten. Die Auseinandersetzungen, die teilweise spontanen Charakter hatten, teilweise von Regierungs-

stellen geplant waren, zogen sich über zwei Jahrhunderte hin und wurden beiderseits mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ausgetragen. Die Weißen bewerteten es als Vorteil, daß die Indianer keine Immunität gegen die Krankheiten der Weißen besaßen. Ganze Stämme wurden durch Epidemien dezimiert, die gelegentlich absichtlich, etwa durch die Ausgabe verseuchter Decken, eingeführt worden waren. Man versuchte Indianerstämme durch Grabschändungen, vor allem aber durch die Einführung von Alkohol „zu demoralisieren“. Der Niedergang der Indianer in den großen zentralen Ebenen wurde durch die systematische Ausrottung der Büffelherden, die ihnen als Lebensunterhalt dienten, beschleunigt. Die Kriegführung selbst war überaus brutal. 1864 hatte eine Gruppe von Cheyenne-Indianern einige Weiße, die über die Rocky Mountains nach der pazifischen Küste reisten, überfallen. Ein Kontingent amerikanischer Soldaten rächte sich, indem es die Indianer niedermetzte und hundert Skalps in einem Theater in Denver ausstellte.

Das Skalpieren wurde von einer Anzahl von Indianerstämmen vor der Ankunft der ersten Weißen in Amerika praktiziert und soll sich aus der Kopfjagd entwickelt haben. Ein Teil der weißen Bevölkerung soll diese Sitte übernommen haben. Jedenfalls steht fest, daß die Puritaner 1637 Kopfpreise auf die Pequots aussetzten, daß es 1680 Skalppreise in South Carolina und 1689 wieder in Neu-England gab. Die Franzosen haben als erste Skalppreise auf Weiße ausgesetzt. Im Krieg gegen die Seminolen in Florida wurden 200 Dollar für jeden getöteten oder gefangenen Indianer angeboten. In den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts (im Zusammenhang mit dem Bau einer transkontinentalen Eisenbahn und der damit verbundenen Ausrottung der Büffelherden) faßte das Territorium von Idaho den Beschluß, daß für jeden Skalp eines erwachsenen männlichen Indianers 100 Dollar, einer Indianerin 50 Dollar und eines Indianerkinds 25 Dollar bezahlt werden sollten, wobei die Ausrüstung des Skalpjägers von der Regierung gestellt wurde. Skalpjägerei durch Weiße soll es bis in die 80er Jahre des letzten Jahrhunderts gegeben haben.

Die offizielle Politik gegenüber den Indianern

Die offizielle Politik der zuständigen Regierungsorgane gegenüber den Indianern stand gelegentlich in scharfem Gegensatz zu den unmittelbaren Interessen der Siedler. Die Beziehungen zu den Indianern, die anfangs von verschiedenen Gruppen von Siedlern und von den Gouverneuren der einzelnen Kolonien geregelt worden waren, wurden 1755 von der englischen Regierung den Superintendenten zweier Departements für indianische Angelegenheiten übertragen, von denen der eine für den nördlichen, der andere für den südlichen Teil des Landes zuständig war. 1761 wurde den amerikanischen Kolonien das Recht abgesprochen, den Indianern Land abzukaufen. 1763 – am Ende des Siebenjährigen Kriegs – setzte Großbritannien eine sogenannte Proklamationslinie fest, die den weißen Siedlern verbot, in die ausschließlich den Indianern

zur Verfügung gestellten Gebiete zwischen den Appalachen und dem Mississippi einzudringen. Gleichzeitig wurde der Handel mit den Indianern der Kontrolle der Krone unterstellt. Nach der Unabhängigkeit folgte die Politik der Vereinigten Staaten dem vorhergegangenen britischen Muster. Schon ein Jahr vor der Unabhängigkeitserklärung hatte der „Continental Congress“, der Vorläufer der verfassungsgebenden Versammlung und des amerikanischen Parlaments, die Verantwortung für die Beziehungen zu den Indianern übernommen. 1793 wurde bestimmt, daß Land von den Indianern nur durch Vertrag erworben werden konnte. Die Indianerstämme wurden als „separate nations“ oder als „dependent nations“ innerhalb des nationalen Territoriums behandelt. Private Abmachungen zwischen Siedlern und Indianern wurden verboten. Unter dem von 1795 bis 1822 geltenden „Indian Factory System“ wurden Handelsposten geschaffen, die unter der Kontrolle der Bundesregierung standen. Der Oberste Gerichtshof entschied 1787, daß das Recht und der Anspruch der Indianer auf ihr Land nicht von einer etwaigen Bewilligung von seiten eines europäischen Königs oder der amerikanischen Regierung abhing, sondern als Teil eines Naturrechts bestand. Diese Auffassung wurde am Anfang des 19. Jahrhunderts in drei verschiedenen Gerichtsverfahren von dem Obersten Bundesrichter John Marshall bestätigt.

Innerhalb der Exekutive wurden indianische Angelegenheiten 1789 der Kompetenz des Kriegsministeriums zugesprochen, das 1824, ohne besondere Anweisung des Kongresses, eine neue Abteilung, das „Bureau of Indian Affairs“, einrichtete. 1849 wurde das „Bureau“ dem neugeschaffenen Innenministerium beigelegt.

Die Verträge, die zwischen der amerikanischen Regierung und einzelnen Indianerstämmen geschlossen wurden, bezogen sich offiziell auf die Sicherung indianischen Landbesitzes, entweder in der von einem Stamm traditionell bewohnten Gegend oder in einem Teil des neuen Westens, der zu weit von der nachrückenden „frontier“ entfernt war, als daß er für die weißen Siedler begehrenswert gewesen wäre. Die Indianer, die sich immer wieder zu Vertragsabschlüssen überreden ließen, interpretierten die Verträge entsprechend ihrer Stammesmoral als absolut verpflichtend, während die Siedler Verträge lediglich als taktische Mittel zur Erfüllung ihrer Interessen ansahen. Die Bundesregierung ihrerseits war sich wohl manchmal nicht der Geschwindigkeit bewußt, mit der sich die „frontier“ auf die den Indianern zugesicherten Gebiete hin bewegte.

Das Schicksal der Cherokee soll stellvertretend zeigen, zu welchen Zwecken Verträge zwischen Indianern und Weißen nur allzu oft benutzt wurden. Zwischen 1776 und 1785 waren die im Südosten des Landes lebenden Cherokee durch ein halbes Dutzend Verträge gezwungen worden, jeweils ein Stück ihres Stammlands abzutreten. Als die weißen Siedler die Verträge nicht beachteten und weiter in das den Cherokee verbliebene Territorium eindrangten, schaltete sich das für die Beziehungen zu den Indianern zuständige Kriegsministerium ein und gab eine feierliche Garantie für das Gebiet der Cherokee ab; ja, es gab den Cherokee die Erlaubnis, jeden Eindringling nach eigenem Gutdünken zu bestrafen. Trotzdem wurden die Cherokee entscheidend von *Andrew Jackson* besiegt (1812), was zu einem radikalen Wandel in der Politik

gegenüber den Indianern im Südosten des Landes führte. Man schickte sich an, sie in das Gebiet westlich des Mississippi abzuschieben. Die Situation läßt sich am besten am Staate Georgia verfolgen. Georgia hatte seine Ansprüche auf Land an seiner offenen, kaum definierten Westgrenze 1802 an den Bund unter einer Anzahl von Bedingungen abgetreten, darunter die Zusage des Bundes, den Indianern das Recht auf Land innerhalb der Grenzen von Georgia abzusprechen. Als die Nation der Cherokee sich 1827 eine eigene Verfassung gab, nahm Georgia die angebliche Verfassungswidrigkeit dieses Akts als Vorwand, die eigenen Gesetze auf die Indianer anzuwenden und deren Territorium zu besetzen. Die Cherokee konnten von Präsident *Andrew Jackson*, der den Siedlerinteressen an der „frontier“ nahestand, keine Hilfe erwarten und wandten sich an den Obersten Bundesgerichtshof. Dieser erklärte sich zuerst als nicht zuständig, da die Cherokee keine Bürger der Vereinigten Staaten seien, übernahm jedoch später den Fall, als Georgia die Cherokee als Untertanen betrachtete, wodurch ein zulässiger Streitfall zwischen Bund und Einzelstaat gegeben war. Obgleich die Entscheidung zugunsten der Indianer ausfiel, weigerte sich Jackson, sie durchzusetzen. 1838 befahl dann Präsident *Van Buren*, unter Bezugnahme auf den „Removal Act“ von 1830, die gewaltsame Entfernung der Cherokee in das Territorium von Oklahoma. Ein Viertel der Cherokee-Bevölkerung ging auf dem langen Marsch zugrunde. Auf Betreiben der Eisenbahngesellschaften mußten 1865 die Cherokee, die 1840 die Grenzen ihres neuen Territoriums als permanent garantiert bekommen hatten, unter dem Vorwand, im Bürgerkrieg auf seiten des Südens gestanden zu haben, Westoklahoma abtreten.

Die Idee, die Indianer in Reservaten abzukapseln, war zum ersten Mal 1786 vorgeschlagen worden. 1838 gab es schon 90 Agenturen, die sich mit Reservaten beschäftigten. Im Ganzen wurden etwa 200 Reservate in 40 Staaten der Union errichtet. Der verantwortliche Leiter eines Reservats war meistens ein Mann aus dem Osten der Vereinigten Staaten, der keinerlei Kenntnisse von den Problemen der Indianer besaß und sein Amt aus parteipolitischen Gründen erhalten hatte. Er war absoluter Diktator über den ihm anvertrauten Stamm. Meistens verschaffte er zwei oder drei weißen Geschäftsleuten ausschließliche Lizenzen für den Handel mit den Einwohnern des Reservats. Ferner zwang er die männlichen Indianer, Landwirtschaft zu betreiben, obgleich dies traditionell die Aufgabe der Indianerfrau war. Auch bestand er darauf, daß die Indianer westliche Kleidung trugen und ihre Haare nach weißem Vorbild schneiden ließen.

Die Errichtung von Reservaten war in Wirklichkeit keine Maßnahme zur Förderung der Sicherheit der Indianer (der Kongreß hatte 1834 im „Indian Intercourse Act“ diese fromme Hoffnung zum Ausdruck gebracht) oder zur Verteidigung gegen kriegerische Stämme. Gegen solche Annahmen spricht etwa die Behandlung der Pawnee, die nie gegen die USA gekämpft hatten, sondern sogar mehrmals als Alliierte der Weißen gegen andere Indianerstämme vorgegangen waren. Sie wurden gezwungen, in ein Reservat einzuziehen, wo die Hälfte des Stammes an Krankheiten starb. Immer

wieder wurden feierlich zugesicherte Reservate auf Druck der „frontier“ drastisch verkleinert oder in Gegenden verlegt, die für weiße Siedler uninteressant waren. Dieser Druck wurde besonders akut, nachdem 1862 der „Homestead Act“ verabschiedet worden war, der jedem weißen Siedler die Möglichkeit gab, Landbesitzer zu werden. Dieses Gesetz wurde besonders von den Veteranen des Bürgerkriegs und von Pionierfamilien in Anspruch genommen. Dazu kamen die großen Einwanderungswellen aus Europa, die neue soziale Gruppen nach Westen zogen. Je offener und mobiler die weiße Gesellschaft, vor allem in den neuen „frontier“-Gegenden, zu werden schien, um so heftiger bestand sie darauf, die Indianer hermetisch abzuschließen.

Die praktische Ausführung der Bundespolitik, die bis 1871 formal auf Verträgen mit den Indianerstämmen und in der Substanz in der Abkapselung dieser Stämme in Reservaten beruhte, hing freilich bis zu einem bestimmten Grad von dem „background“ und den Interessen der einzelnen Präsidenten ab. *Grant* hatte 1869 die Idee entwickelt, Quäker als Beauftragte der Regierung in die Reservate zu schicken, damit sie die Indianer durch ihre pazifistische Einstellung zu einem friedlichen Verhalten gegenüber der weißen Bevölkerung brächten. *Jackson* hingegen zeigte die volle Brutalität der südlichen „frontier“-Interessen vor allem in seinem Kampf gegen die Seminolen Floridas. Spanien hatte 1819 Florida unter der Bedingung an die Vereinigten Staaten verkauft, daß der Käufer die Rechte der Indianer voll anerkennen würde. 1834 überredete die amerikanische Regierung die Seminolen, nach Oklahoma umzusiedeln. Im letzten Augenblick wurde diesen jedoch mitgeteilt, daß niemand, der von Negern abstammte, mitgehen dürfe, da er sonst in die Sklaverei verkauft würde. Für die Seminolen hätte dies u. a. die Desintegration der Familien bedeutet. Sie flohen deshalb in die Sumpfgenden Floridas, wo sie sich sieben Jahre lang gegen die weißen Truppen erfolgreich verteidigten. Erst dann fand sich die Mehrzahl der Häuptlinge bereit, nach Oklahoma zu ziehen. Besonders grausam war die Behandlung der Chirichua. Diese waren ein friedlicher, zu der Familie der Apachen gehörender Stamm, dessen Mitglieder 1886 – nach der Festnahme des Apachenhäuptlings Geronimo – in ein militärisches Gefängnis nach Florida gebracht wurden. Gleichzeitig wurde eine kleine Gruppe ihrer Häuptlinge vom Präsidenten der Vereinigten Staaten empfangen, der sie für ihre Loyalität lobte. Unmittelbar darauf wurden sie ebenfalls festgenommen. Da auch die Frauen und Kinder der Chirichua gefangen genommen worden waren, ordnete der Kongreß 1890 eine Untersuchung an, die jedoch nur dazu führte, daß die ganze Gruppe 1894 nach Fort Sill in Oklahoma verlegt wurde, wo sie bis 1914 als militärische Gefangene verblieb.

Die Politik, mit Indianern Verträge abzuschließen, fand 1871 durch Beschluß des Kongresses ein Ende. Die Stämme hörten auf, Vertragspartner zu sein. Dies bedeutete, daß auch die inneren Angelegenheiten der Stämme unter die Kompetenz des Kongresses fielen. Gleichzeitig wurde eine Anzahl sowohl privater als auch öffentlicher Initiativen unternommen, um den Indianern die Eingliederung in die amerikanische Gesellschaft zu erleichtern. Dabei wurde freilich von der Urbevölkerung erwartet, daß

sie sich, wie die jüngsten Einwanderergruppen, an die inzwischen etablierte, vor allem durch angelsächsische Traditionen bestimmte Mehrheitskultur anglich. Man vergaß vor allem, daß, im Gegensatz zum wirtschaftlichen Individualismus der Mehrheitskultur, die soziale Organisation und das religiöse Leben der Indianerstämme eng mit dem Gemeinschaftsbesitz des Landes verbunden waren.

1887 wurde der „Dawes“ oder „General Allotment Act“ verabschiedet, der die Politik der Regierung gegenüber den Indianern bis in die frühen 30er Jahre unseres Jahrhunderts bestimmte. Der „Dawes Act“ hatte drei Ziele: jedem einzelnen Indianer Land zur Bebauung oder zu Weidezwecken zuzuteilen, die allgemeine Schulpflicht unter den Indianern einzuführen und die Indianer zu christianisieren. Der Präsident wurde ermächtigt, jedem Familienoberhaupt 30 Hektar Ackerland oder 60 Hektar Weideland zuzuweisen. Jeder Indianer, der seinen Stamm verließ, um die „habits of civilized life“ anzunehmen, erhielt die amerikanische Staatsbürgerschaft. Diejenigen Indianer, die auf den Reservaten blieben, wurden „wards of the nation“, d. h. Mündel der Nation, die sich auf dem Weg von der Unmündigkeit eines Kindes zur erhofften Mündigkeit eines Erwachsenen befanden.

Zwar lösten sich einige Stämme auf, im großen und ganzen jedoch hatte die Philosophie des „Dawes Act“ wenig Erfolg. Schon 1875 hatte man dem Stamm der Kiowas Schafe und Ziegen gekauft, die jedoch bald zugrunde gingen, da die Kiowas lieber Büffelfleisch aßen und mit der Wolle der Schafe nichts anzufangen wußten. 1876 wurden für zehn führende Männer des Stammes stattliche Häuser gebaut, auf deren Besitz die Männer überaus stolz waren, in denen sie aber nicht wohnen wollten. 1906 gaben die Cherokee ihre Stammesangehörigkeit auf und wurden Bürger der Vereinigten Staaten. Als Oklahoma 1907 als Staat in die Union aufgenommen wurde, ging die Unabhängigkeit der innerhalb seiner Grenzen wohnenden Indianerstämme automatisch zu Ende. Die Folge war, daß die einzelnen Indianer, die nunmehr Bürger des Staates waren, den Schlichen mancher Weißer, einschließlich der Gerichte, nicht gewachsen waren und von ihnen in oft grober Weise übervorteilt wurden.

Als eine mehr oder minder direkte Folge der Teilnahme von etwa 25 000 Indianern am ersten Weltkrieg gab der „Snyder Act“ von 1924 allen auf dem Territorium der Vereinigten Staaten lebenden Indianern die amerikanische Staatsbürgerschaft. Die Wirkung dieses Gesetzes war jedoch überaus beschränkt. Noch 1935 durften Indianer die Reservate nur mit der ausdrücklichen Erlaubnis des vom „Bureau of Indian Affairs“ eingesetzten „Superintendent“ verlassen. Und selbst 1956 gab es noch Staaten, die den Indianern die Teilnahme bei den Präsidentschaftswahlen verwehrten. Am wichtigsten war jedoch, daß der Erwerb der Staatsbürgerschaft die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Indianer nicht tangierte. Diese Probleme waren, wie einige private und offizielle Untersuchungskommissionen zwischen 1923 und 1931 feststellen konnten, durch den „Dawes Act“ und die „Allotment Policy“, also durch den Versuch der Auflösung der Stammesgemeinschaften, in katastrophaler Weise verschärft worden.

Franklin Delano Roosevelt ernannte zu Beginn seiner Präsidentschaft (1933) *John*

Collier zum Vorsitzenden des „Bureau of Indian Affairs“. Collier trat für das Recht der Indianer ein, sich ihre kulturelle und soziale Identität zu erhalten. 1934 erließ der Kongreß den „Wheeler-Howard“ oder „Indian Reorganization Act“, um den „Schaden wieder gutzumachen, den die ‚Allotment Policy‘ angerichtet hatte“. Das Gesetz sah die wirtschaftliche und politische Autonomie der einzelnen Reservate vor. Das von *John Marshall* hervorgehobene angeborene, unveräußerliche Recht der Indianer auf ihr Stammesland wurde jetzt ausdrücklich vom Gesetzgeber anerkannt. Die einzelnen Stämme konnten sich eine eigene Gesetzesordnung geben, die allerdings erst in Kraft trat, nachdem sie vom Innenministerium akzeptiert worden war. Dies führte zu großen Schwierigkeiten, da es dem „Superintendent“ eines Reservats oblag, die Entschlüssen des Stammes weiterzureichen, und da die Stammesräte oft Vertraute des „Superintendent“ waren. Außerdem kamen die meisten Indianerstämme, die traditionell Entscheidungen nach dem Prinzip der Einstimmigkeit trafen, schlecht mit dem Mehrheitsprinzip der Demokratie des weißen Amerika zurecht. Immerhin hatten innerhalb von 20 Jahren drei Viertel der Stämme dafür gestimmt, sich in irgendeiner Form im Sinne des „Reorganization Act“ zu organisieren.

Dieser „Act“ sah auch die Gründung von gesetzlich zugelassenen Stammeskörperschaften zum Zweck wirtschaftlicher Transaktionen vor, wobei die Bundesregierung die Treuhänderschaft über den Stammesbesitz übernahm, der weder von den Staaten noch von den Gemeinden besteuert werden durfte. Auch konnte der einzelne Indianer sein Land nur an den Stamm verkaufen. Diese und ähnliche Maßnahmen führten dazu, daß sich bis 1941 das Stammesland der Indianer um eineinhalb Millionen Hektar vergrößern konnte. Wenig erfolgreich war das im „Indian Reorganization Act“ vorgesehene Kreditsystem, das einen Fonds vorsah, der jährlich um 10 Millionen Dollar vergrößert werden sollte. Der Kongreß stellte ursprünglich bewilligte Gelder letztlich doch nicht zur Verfügung, so daß zwischen 1935 und 1945 nur 12 Millionen Dollar als Kredit aufgenommen werden konnten. Einen größeren Erfolg, wenigstens auf dem Gebiet des Schulwesens, hatte der „Johnson-O'Malley Act“, der kurz vor dem „Reorganization Act“ verabschiedet worden war. Er übertrug gewisse Regierungsvollmachten von der Bundesregierung auf die Staaten. Da die Verantwortung für die öffentlichen Schulen in Amerika den Staaten obliegt, führte dieses Gesetz dazu, daß es den Staaten – mit Hilfe von Bundessubventionen – gelang, den Schulbesuch der Indianerkinder wesentlich zu erhöhen.

Die Philosophie des „New Deal“ wurde noch einige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgt. 1946 schuf der Kongreß nach einer auf das Jahr 1935 zurückgehenden Vorlage die „Indian Claims Commission“, die den Indianern rechtliche Hilfe geben sollte, um ihre Ansprüche auf Rückgabe von Land bei der Bundesregierung durchzusetzen. (In der Tat wurden z. B. 1964 38,5 Millionen Dollar Entschädigung an acht Stämme ausgezahlt.) 1948 traf der Oberste Gerichtshof eine bedeutende Entscheidung in bezug auf die Begriffe „wardship“ und „guardianship“: er entschied, daß Gesetze zum Schutz von bestimmten Bevölkerungsgruppen deren Rechte als Bürger in keiner

Weise beeinträchtigen können; daß etwa der „Superintendent“ eines Reservats keine Befugnis hatte, einen Indianer vom Verlassen des Reservats abzuhalten. (Die „New Deal“-Gesetzgebungen hatten zur Folge, daß die Sterblichkeitsziffer in den Reservaten sank, das Einkommen sich verdoppelte und das von Indianerstämmen bewohnte Areal wieder etwas zunahm.)

Gleichzeitig begannen sich jedoch Kräfte zu regen, die für eine „termination policy“ waren, also für die Aufhebung des besonderen Bundesschutzes, unter dem die Stämme bisher gestanden hatten. 1949 hatte die „Hoover Commission“ „termination“ vorgeschlagen. *Dillon S. Myer*, der 1950 Direktor des „Bureau of Indian Affairs“ geworden war, entzog den „superintendents“ alle Entscheidungsgewalt über Finanz- und Personalfragen in den Reservaten und setzte an ihre Stelle regionale Direktoren, die seine Politik der „termination“ unterstützten. Die Ausführung der Bestimmungen des „Allotment-Act“ wurde vernachlässigt; das „Bureau of Indian Affairs“ bewilligte praktisch keine Kredite mehr. Die „Claims Commission“ vergab während einer fünfjährigen Antragsperiode lediglich 17,6 Millionen Dollar, was einem Promille der beantragten Summen entsprach. Die Republikaner sahen in der Einschränkung des vom „New Deal“ geschaffenen Programms eine Möglichkeit für Budgetkürzungen. Im Kongreß wurden 1953 die „House Resolution 108“ und das „Public Law 280“ beschlossen, wonach die Indianer „innerhalb der frühestmöglichen Zeit von der Aufsicht und der Kontrolle des Bundes“ befreit werden sollten. Als Argument wurde angeführt, daß der Stamm der Klamath ein durchschnittliches Familieneinkommen hatte, das dem weißen Durchschnitt entsprach. Dabei vergaß man, daß die Seminolen Floridas zu 90 % Analphabeten waren und daß es unter den Chippewa in North-Dakota Stämme gab, bei denen das jährliche Familieneinkommen 500 Dollar nicht überstieg. Präsident *Eisenhower* soll diese Entscheidungen als „höchst unchristlich“ bezeichnet haben.

Die „termination policy“ wurde 1956 wieder abgeschwächt, als mehr und mehr Abgeordnete sich der Meinung des damaligen Innenministers *Seaton* angeschlossen hatten, daß „termination“ ohne entsprechende Vorbereitung ein Verbrechen sei. 1961 lehnte eine von Präsident *Kennedy* eingesetzte Kommission „termination“ ausdrücklich ab. Sie glaubte, daß es „klüger sei, den Indianern sozial, wirtschaftlich und politisch so lange zu helfen, bis besondere Dienstleistungen ihnen gegenüber nicht mehr gerechtfertigt seien.“ Das Schwergewicht der Hilfeleistungen wurde auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen in den Reservaten gelegt. Dies bedeutete u.a. Versuche, Leichtindustrien in den Reservaten oder deren Nähe zu errichten. Auch Präsident *Nixon* sprach von einer Verbindung des Rechts der Indianer auf Selbstbestimmung und der Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung der Reserverate.

Die Situation der Indianer in der modernen Industriegesellschaft

Die Versuche, den Indianern zu helfen, sich in der modernen Industriegesellschaft zurechtzufinden, haben recht unterschiedliche Resultate gezeitigt. Eine Gruppe der zu den Irokesen gehörenden Mohawk haben sich als Nietschläger bei Stahlhochbauten spezialisiert. Sie haben bei eindrucksvollen Bauten, wie der George Washington-Brücke oder dem Empire State Building die gefährlichsten und höchstqualifizierten Arbeiten ausgeführt. Dabei haben sie eine Art von Stammessolidarität bewahrt, die sich darin ausdrückt, daß sie in Brooklyn ihre „Stamm“-Kneipe haben oder analog einer Bande von primitiven Jägern zusammen reisen. Die Navahos, die während des Zweiten Weltkriegs in großer Zahl Militärdienst geleistet oder in Kriegsindustrien gearbeitet hatten, glichen sich nach dem Krieg in vielen Dingen der Lebensweise der Weißen an. Seit etwa 1955 ging die große Mehrzahl der Kinder in die Schule; der Stammesrat benutzte das Einkommen von Öl- und Mineralrechten, um Hunderte von Stipendien zum Besuch von Colleges zu vergeben oder Straßen und Hotels zu bauen, die Touristen und Leichtindustrien anziehen sollten. Gleichzeitig muß man feststellen, daß insgesamt nur 5000 der 380 000 Indianer, die heute noch in Reservaten leben, in Industrien beschäftigt sind. Dies hängt damit zusammen, daß Indianer im allgemeinen nicht „competitive“ oder aggressiv sind – sie lehnen z. B. Beförderungen ab, die sie ihren Stammesbrüdern gegenüber besonders herausstellen würden – und daß sie den Arbeitsplatz leicht verlassen, wenn es gilt, etwas zu tun, was in ihrem Wertsystem größere Priorität hat, etwa das Feiern kultischer Feste.

Da bei den Indianerstämmen traditionell alle Aspekte des Lebens eng miteinander verbunden waren, hatte ein Eingriff oder eine Veränderung wie der Versuch, einzelne Mitglieder eines Stammes an der Teilnahme an modernen Produktionsprozessen zu interessieren, Konsequenzen für die verschiedensten Gebiete. Es gibt eine lange Geschichte von religiös-nationalistischen Versuchen, einerseits sich in einem gewissen Grad der weißen Umwelt anzugleichen, andererseits traditionellen Kultformen neue Vitalität zu geben. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde unter den Irokesen das Tragen von Skalp-Locken eingeführt, das, wie das Skalpieren selbst, eine Herausforderung an den Feind dargestellt haben soll. Zwischen 1799 und 1815 wurde die von *Handsone Lake* eingeführte und nach ihm benannte Religion populär. Es handelte sich zum Teil um eine Reaktion gegen den katastrophalen Einfluß des Alkohols, der die althergebrachte Familienstruktur zu zerstören begann. Man ging zur Nuklearfamilie über, übernahm einen guten Teil der weißen Arbeitsweise und der protestantischen Ethik, rettete jedoch gleichzeitig die Stammesidentität und den Stammesbesitz. Bei den Oglala gab es 1889 eine nativistische Bewegung, den „Ghost Dance“, der als eine Reaktion auf die gekürzten Regierungszuteilungen, auf Armut und Krankheit angesehen wird. Man versuchte, durch die Aufführung des Tanzes mit den Verstorbenen des Stammes in Verbindung zu treten und daraus neue Kraft zu schöpfen. In den letzten Jahrzehnten gab es unter einer Anzahl von Stämmen im Südwesten und

Nordwesten den „Peyote Kult“, der ähnlich wie die Handsome-Lake-Religion die Betonung bzw. Wiederbelebung einer alten, verlorenen Kultur mit der Anpassung an die Lebensweise der amerikanischen Mehrheitskultur zu verbinden suchte. Der Kult wurde als „The Native American Church“ offiziell eingetragen.

Neben den religiös-kultischen Reaktionen gab es psychologische, soziale und politische. Bei den Puyallup führte der Verlust von Stammesland und der damit zusammenhängende Zusammenbruch der Stammeskultur zu einer Welle von Morden und Selbstmorden. Bei manchen Stämmen stieg die Kriminalität in einer Weise an, daß 1967 bis zu 6 150 Verhaftungen auf 10 000 Personen kamen. Im Durchschnitt wurden 1967 2 017 von je 10 000 Indianern verhaftet, verglichen mit einem nationalen Durchschnitt von 312 Personen je 10 000. Außer den gewaltsamen Rebellionen gab es die 1848 getroffene Entscheidung jüngerer Seneca, eine Republik auszurufen, um die erblichen Häuptlinge abzusetzen, die 1838 sich an die Weißen verkauft hatten. Dabei wurden „Staat“ und „Kirche“ getrennt, die Monogamie eingeführt und ein Rat eingerichtet. 1958 war der Präsident der Seneca Republik ein Werkvorsteher („superintendent“) bei der „Bethlehem Steel Corporation“.

Obwohl einzelne Indianer und Indianerstämme große Geldsummen durch Erdgas- und Ölfunde auf dem in ihrem Besitz befindlichen Land erhalten haben, stellen die Indianer neben den spanisch sprechenden Einwohnern immer noch die ärmste Minderheitsgruppe in den Vereinigten Staaten dar. Kindersterblichkeit und Arbeitslosigkeit sind überdurchschnittlich hoch, Lebenserwartung und Wohnkultur außergewöhnlich niedrig. Andererseits sind auch einige positive Tendenzen zu beobachten. So ist die Zahl der Indianer, die um 1600 etwa 900 000 betragen hatte, um 1865 auf 340 000 gesunken war und sich bis 1950 kaum verändert hatte, zwischen 1950 und 1960 von 357 000 auf 524 000 gestiegen. Auch gab es in den letzten Jahren einige Anlässe, bei denen weiße Amerikaner in Streitigkeiten zwischen einem Indianerstamm und einer Regierungsbehörde die Interessen der Indianer verteidigten. Dies geschah vor allem bei Versuchen von Einzelstaaten, unter dem Vorwand der Ausführung von größeren Raumprojekten den Indianern als unveräußerlich zuerkanntes Stammesland durch Gesetzgebung abzugewinnen. Solche Versuche waren besonders beliebt, da durch die Abzweigung von indianischem Stammesland, das von jeglicher Grundsteuer befreit war, dem betreffenden Staat kein Steuerverlust entstand. Weiße Amerikaner nahmen gelegentlich an dem passiven Widerstand der Indianer teil. Ein Versuch, den Tuscarosa ein Fünftel ihres Reservats durch Gesetzgebung wegzunehmen, wurde 1959 durch eine Entscheidung der „Federal Power Commission“ (Bundeskommision für Kraftwerke) unterbunden.

Es ist wohl müßig, sich heute zu fragen, ob die weiße Politik, die Indianer in Reservaten zu isolieren und ihnen dort einen gewissen Sonderschutz zu gewähren, mehr nützlich als schädlich war. Eine klare Antwort ist schon deshalb nicht möglich, weil diese Politik nie konsequent über einen längeren Zeitraum durchgeführt wurde. Die Frage, ob in nächster Zukunft eine Assimilation der Mehrzahl der Indianer in die

individualistische Gesellschaft der weißen amerikanischen Mehrheitskultur möglich ist, ist ebenfalls kaum zu beantworten. Denn die individualistische Bewährungsphilosophie selbst, die Erwerb und Profit als Motive und Ziele individuellen und sozialen Lebens sieht, wird durch den technologischen Fortschritt der Massengesellschaft und durch die soziale und politische Entwicklung anderer Länder und die mit diesen beiden Phänomenen verbundene Kritik von seiten eines erheblichen Teils der jüngeren Generation in Frage gestellt.

Es gibt einzelne Indianer, die in Analogie zu „black power“ von „red power“ sprechen, von der Betonung der eigenen Kultur, die zu einem politischen Faktor, ja zu einer politischen Macht werden soll. Andererseits gibt es Andeutungen der Nixon-Regierung, die in Anklang an einen „schwarzen Kapitalismus“ einen „roten Kapitalismus“ unterstützen will. Eines steht fest: die zukünftige soziale und wirtschaftliche Ordnung Amerikas ist noch nicht vorauszusehen. Sicher ist nur, daß diese Ordnung in wesentlichen Zügen von den „Kulturrevolutionen“ innerhalb der „farbigen“ Minderheiten mitbestimmt werden wird.